

Verschlossene Türen

- 27.08.2020; Die Weltwoche
- Hubert Mooser

EILMELDUNG Verschlossene Türen Die Autobranche setzt jährlich 80 Milliarden Franken um, fast doppelt so viel wie der Tourismus. Das reicht nicht, um eine Audienz bei Verkehrsministerin Sommaruga zu bekommen. Hubert Mooser Der Höhepunkt der Corona-Krise war überschritten, als sich Auto-Schweiz, die Vereinigung der Auto-Importeure, im Juni in einem Brief an Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga (SP) wandte. Der Verband bat darin um eine Aussprache mit der Verkehrsministerin wegen der seit dem 1. Januar 2020 geltenden schärferen CO2-Zielwerte für Personenwagen.

Doch die Zeiten, da die Landesregierung die Autobranche mit offenen Armen empfing, sind vorbei. Mit Sommaruga sitzt eine Bundesrätin an den Schalthebeln der Verkehrspolitik, für die der öffentliche Verkehr nicht nur ein Geschäft, sondern ein Herzensanliegen ist. Eifrig trommelt sie für Bahn und Bus, höflich, aber konsequent lässt sie Vertreter der Autobranche abblitzen. Für Auto-Schweiz ist ihre Tür bisher verschlossen geblieben, obwohl die Autoimporteure noch ein weiteres Mal schriftlich um einen Gesprächstermin mit ihr gebeten haben. Die Branche wurde stattdessen an das Bundesamt für Strassen (Astra) und das Bundesamt für Energie (BfE) verwiesen.

«Mit diesen Leuten haben wir uns mehrmals getroffen», sagt Auto-Schweiz-Direktor Andreas Burgener. Das Resultat der Aussprache bestand darin, so schildern es Teilnehmer, dass die Branchenvertreter mit einem Fragebogen nach Hause geschickt wurden. Die Bundesämter wollen damit die Verkaufsstrategie der Automobilhändler in Erfahrung bringen. Für Sommaruga werden in der Schweiz nämlich zu viele grosse und schwere Autos verkauft. Mit Dienstlimousine ins Tessin Gleichzeitig ist sie als Bundesrätin zuweilen froh, dass sie ein grosses, schweres Fahrzeug zur Verfügung hat.

So liess sie sich während der Corona-Krise mit der Dienstlimousine ins Tessin fahren, statt den von ihr hochgeschätzten ÖV zu berücksichtigen. Sie habe an einer Telefonkonferenz teilnehmen müssen, im Zug sei die Vertraulichkeit nicht garantiert gewesen, gab ihre Entourage hinterher auf Anfrage zu verstehen, als müsse man sich für einen bösen Fehltritt entschuldigen. Die Reaktion verdeutlicht ungewollt die Auto-kritische Geisteshaltung der Bundespräsidentin. Tatsächlich monieren Branchenvertreter, die Verkehrsministerin blende den Personenverkehr auf der Strasse bei ihren Überlegungen fast komplett aus. Stattdessen richte sie ihren Fokus vor allem auf den Schienenverkehr, der jedoch nur 28 Prozent des Personenverkehrs ausmache.

Selbst auf bürgerliche Politiker kann sich die Branche nicht mehr verlassen, wie das auch CVP-Nationalrat Philipp Matthias Bregy zu spüren bekommen hat. Als er in der Junisession die im CO2-Gesetz geplante Benzinpreiserhöhung auf 10 Rappen (statt 12 Rappen) begrenzen wollte, unterstützte ihn nicht einmal die FDP. «Anliegen der Autobranche haben es wegen des grünen Zeitgeists momentan etwas schwer», sagt Bregy. Inzwischen gibt es sogar Pläne, Gelder des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) in einen neuen Klimafonds umzuleiten, obschon die Bürger 2017 beschlossen haben, dass die Gelder des NAF explizit für die Strasse reserviert sind. Kurzum: Der Trend läuft gegen Autos.

«Dabei hat die Corona-Krise eben erst gezeigt, dass der private Strassenverkehr systemrelevant ist», betont der Präsident des Automobil-Club der Schweiz, SVP-Nationalrat Thomas Hurter. Ohne Autos hätte der Shutdown im Frühjahr nicht funktioniert. Es gibt also einiges an Klärungsbedarf zwischen den Vertretern der Autobranche und der Verkehrsministerin. Immerhin erwirtschaftet dieser Wirtschaftszweig pro Jahr Umsätze von über 80 Milliarden Franken. Das ist fast doppelt so viel wie die Tourismuswirtschaft.

Wie andere Branchen leidet jedoch auch die Autowirtschaft unter dem Coronavirus. Die Verkäufe sind laut Verbandsdirektor Burgener Eifrig trommelt sie für Bahn und Bus, höflich lässt sie Vertreter der Autobranche abblitzen. um 15 bis 25 Prozent eingebrochen. Vor diesem

Hintergrund würde die Branche die Einführung strengerer Zielwerte für den Co2-Ausstoss gerne um ein Jahr hinausschieben und sich darüber mit Bundesrätin Sommaruga austauschen. Viel Zeit für grüne Verbände. Es ist ja auch nicht so, dass die Bundespräsidentin wegen ihres Präsidentschaftsjahrs und einer prallvollen Agenda völlig überlastet wäre.

Viele Auftritte im Ausland fielen wegen Corona ins Wasser, wie sie das kürzlich in einem Interview mit der Schweizer Familie einräumte. Tatsächlich nimmt sich die Bundespräsidentin für andere, grüne Verbände wie die Alpen-Initiative viel Zeit und tritt an Veranstaltungen sogar als prominente Rednerin auf. Die Alpen-Initiative engagiert sich für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene. Auch für Gespräche mit Vertretern der Tourismuslobby ist sich Sommaruga nicht zu schade. Nach aussen erweckt dies den Eindruck, als versuche sie mit improvisierten Treffen und Auftritten ihr Präsidentschaftsjahr zu retten.

Nur der Autobranche zeigt sie die kalte Schulter..